

Bericht vom 28.08.2014

Hausdurchsuchungen beim Amt für Menschenrechte und dem Gerichtshof der Menschen, der völkerrechtlich und verfassungskonform eingerichtet wurde.

In Freiburg, Karlsruhe, Rastatt, Huttenheim, Mannheim, Stade und in weiteren Städten führte die private Firma Polizei heute um 06:30 Uhr zeitgleich in öffentlichen Büros sowie in Privatwohnungen durch. Die Begründung der Durchsuchungen lauten auf Verdacht der versuchten Nötigung, Amtsanmaßung, Titelmissbrauch und ähnliches. Alle Beschlüsse sind nicht unterschrieben, wie schon bei etlichen anderen Gruppierungen in Deutschland. Es wurden erkennungsdienstliche Untersuchungen vorgenommen. Auf Kinder wurde keine Rücksicht genommen. Die Polizei entwendete Laptops, Handys, Stempel, Urkunden; sogar die Gemeindekassen wurden einfach mitgenommen. Eine Quittung gab es dafür nicht.

Der Bundestag lehnte die damalige Petition, dass Menschenrechtverletzungen im Strafgesetzbuch aufgenommen werden sollen, schriftlich ab. Das bestätigt und beweist mal wieder, dass in der BRD keine Menschenrechte geduldet werden. Es handelt sich bei dieser Gruppierung um Menschenrechtler, die das Deutsche Volk in Angelegenheiten von Verletzung von Menschenrechten vertreten, insbesondere bei Gerichtsverfahren.

Einige dieser Menschenrechtler sind durch Urkunden und Apostillen von der BRD anerkannt, die Apostille sogar in 91 weiteren Ländern. Die Russische Föderation ist im Besitz dieser Urkunden, sie wurden von Menschenrechtvertretern aufgesucht, um sie davon in Kenntnis zu setzen.

Wer dafür verantwortlich ist, ist noch zu klären. Doch eines ist sicher: Der seit gestern neu im Amt stehende Polizeipräsident Günther Freisleben, der die private Firma Polizei in Karlsruhe leitet, sowie die Landräte der betroffenen Städte werden sich wohl öffentlich rechtfertigen müssen.

Das Grundgesetz wurde durch die illegalen und willkürlichen Handlungen vorsätzlich untergraben und somit wäre das gemäß Gesetz Verfassungshochverrat, das auch für Unternehmen Gültigkeit hat, wie es im StGB an der Spitze steht.

Hier zeigt sich wieder einmal, dass nicht nur in anderen Ländern, sondern auch in Deutschland keine Menschenrechte geduldet werden.

Mit Sicherheit werden die betroffenen Menschen gegen die Verantwortlichen vorgehen. Es werden derzeit Massenklagen vorbereitet, um dieses willkürliche Verhalten in der Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Den Verantwortlichen (Firma Polizei, Staatsanwälte und Richter) ist noch nicht bewusst, welche dramatischen Folgen diese illegalen Vorgehen für sie haben werden. Nach dem Motto: „Denn sie wissen nicht was sie tun“.

Es ist davon auszugehen, dass alle Verantwortlichen bald mit all ihren Daten auf der Internetseite des Gerichtshof der Menschen unter A-Z International öffentlich zu sehen sind.

Der Gerichtshof der Menschen ist völkerrechtlich gegründet worden, gelistet in der Nationalbibliothek Leipzig, Frankfurt und in Washington mit der Signatur: 2013 B 38170 (<http://d-nb.info/104526282X>).

Weitere Infos in den nächsten Tagen.

Gruß steven von Karlsruhe/Kommissar für Menschenrechte

steven.stoeffler@menschenrecht-amt.de

Skype: steven von Karlsruhe